

Inhalt

Einleitung	13
1 Zentrale wissenschaftliche Grundlagen der Arbeit	20
1.1 Politikwissenschaftliche Gegenstandsbeschreibung: Rechtsextremismus	20
1.1.1 Die Unbrauchbarkeit der Rand-Mitte-Dichotomie für die theoretische Fundierung von Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit	21
1.1.2 Multidimensionale Analyse extrem rechter Orientierungen	27
1.2 Sozialwissenschaftliche Gegenstandsbeschreibung: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	32
1.2.1 Desintegration und Verlustangst	33
1.2.2 Das Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	37
1.2.3 Innere Zusammenhänge im Modell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	43
1.2.4 Forschungsergebnisse zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen	44
1.2.5 Reproduktion menschenfeindlicher Einstellungen und Unterbrechungsmöglichkeiten	45
1.3 Sozialraumbezug in der Forschung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit: Projekt Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort	49
1.4 Kritik zu Theorie und Forschung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	54
1.5 Theoretische Grundlagen sozialräumlicher Demokratieförderung	56
1.5.1 Demokratie in Gefahr	58
1.5.2 Die Rolle der Zivilgesellschaft für eine lebendige demokratische Kultur	61
1.5.3 Zivilgesellschaft als gelebter Verfassungsschutz – demokratiethoretische Perspektiven für gelingende Gemeinwesenarbeit	63

2	Verortung sozialprofessioneller Demokratiewerk im Sozialraum ...	66
2.1	Die Sozialraumtheorie bei Pierre Bourdieu	68
2.1.1	Kapitalformen	69
2.1.2	Der Sozialraum als Schichtungsmodell soziokultureller Milieus	73
2.1.3	Habitus	74
2.2	Die System-Lebenswelt-Differenzierung bei Habermas	77
2.3	Sozialraumtheorie der Chicago School	79
2.4	Der Sozialraum als kommunikative Lebenswelt (psychosoziales Feld)	80
2.5	Schlussfolgerungen für ein integrativ-interdisziplinäres Sozialraumkonzept	82
2.6	Habitus- und Milieukonstitution: Ressourcenaneignung im Sozialraum	83
2.6.1	Typisierung deutscher Milieus nach Dispositionen für extrem rechte Orientierungen	84
2.6.2	Macht als strategische Ressource zur Durchsetzung einer menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft in der Gemeinwesenarbeit	89
2.6.3	Legitime und illegitime Machtausübung. Das sozialprofessionelle Spannungsfeld zwischen Macht und Bedürfnissen	91
2.6.4	Umkämpfte Zivilgesellschaft – Wege zur kulturellen Hegemonie demokratischer (Grund-)Werte im Alltag	93
3	Sozialräumliche Demokratiewerk als GWA	100
3.1	Das US-amerikanische Modell: Community Organizing (CO)	100
3.2	Das frankofone Modell: Soziokulturelle Animation	107
3.3	Das deutsche Modell: Gemeinwesenarbeit (GWA)	110
3.4	Social Change Theory – sozialpsychologisches GWA-Fundament	114
3.4.1	Professionelle Rahmung	116
3.4.2	Kritik und Synthese	118
3.5	Demokratieförderung durch aktivierende Sozialraumanalyse und Gemeinwesenarbeit	120

3.5.1	Hintergründe der Sozialraumforschung	120
3.5.2	Sozialraumanalyse als Aktionsforschung	122
3.5.3	Grounded Theory	123
3.5.4	Sozialraumforschung als Erforschung individueller Lebenswelten	124
3.5.5	Methoden der empirisch begründeten Aktionsforschung	125
3.6	Empowerment	133
3.6.1	Grundprinzipien des Empowerment-Konzeptes	134
3.6.2	Ressourcen als Grundlagen des Empowerments und ihre Aktivierung	135
3.6.3	Machtsensible Ressourcenanalyse: prozessual- systemische Denkfigur	136
3.6.4	Methoden des Empowerments auf unterschiedlichen Ebenen	138
3.7	Sozialräumliche Demokratieförderung im Kulturbüro Sachsen e.V.	140
3.7.1	Die spezifisch sächsische Situation sozialräumlicher Demokratiearbeit	140
3.7.2	Mobile Beratung als gemeinwesenorientierter Beratungsansatz zur Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien	145
3.7.3	Gemeinwesenarbeit als konzeptionell-strategische Reaktion auf sächsische Verhältnisse	146
4	Sozialräumlicher, konzeptioneller und strategischer Kontext in Projekten der Gemeinwesenarbeit im Kulturbüro Sachsen e.V.	148
4.1	Der Einfluss von Rahmenbedingungen auf Konzept und Praxis der Gemeinwesenarbeit	150
4.1.1	Organisatorisch-strategische Bedingungen der Förderprogramme	151
4.1.2	Theoretischer und sozialräumlicher Rahmen für ortsspezifische Inhalte und Konzeption der Gemeinwesenarbeit	152
4.1.3	Soziokultureller und politischer Rahmen	171
4.2	Lebensweltanalyse und Aktivierung mit Gemeindeporträt	181
4.2.1	Feldzugang und methodisches Vorgehen	181
4.2.2	Gemeindeporträt für Urlaubsdorf	185

4.2.3	Gemeindeporträt für Mittelstädte	202
5	Praxisreflexion der GWA im Kulturbüro Sachsen e.V.	214
5.1	Kommunale Kontextanalysen als Grundlage für die Praxisreflexion	215
5.2	Reflexionsdesign	216
5.2.1	Die externe wissenschaftliche Begleitung	217
5.2.2	Interne Prozessreflexion und Controlling im Projektverlauf	218
5.2.3	Beurteilungskriterien zur Prozessqualität	220
5.2.4	Die drei Dimensionen der formativen Evaluation	221
5.3	Hinderungsfaktoren im Prozessverlauf der Gemeinwesenarbeitsprojekte	223
5.4	Projektaktivitäten zur Überwindung behindernder Faktoren	225
5.5	Defizite in den Gemeinwesenarbeitsprojekten und ihre Bearbeitung	235
5.6	Externe Perspektive: Reflexion der Prozessqualität	237
5.6.1	Strukturanalyse	238
5.6.2	Akteursanalyse	240
5.6.3	Interaktionsanalyse	242
5.7	Nachhaltigkeit	246
5.8	Gemeinwesenarbeit oder gemeinwesenorientierte Demokratieförderung?	248
5.9	Persönliche Bemerkung zur formativen Praxisreflexion	250
6	Empfehlungen für zukünftige Gemeinwesenarbeitsprojekte	252
6.1	Ausgangsbedingungen zukünftiger Gemeinwesenarbeit	253
6.2	Thesen für eine Erziehungswissenschaft als Praxisförderung ...	258
6.3	Empfehlungen zum Verlauf zukünftiger Gemeinwesenarbeitsprojekte	261
6.4	Plädoyer für eine langfristige Implementierung menschenrechtsorientierter Diskurse durch Gemeinwesenarbeit	269

6.5 Bedingungen und Chancen für die Auseinandersetzung mit der Reproduktion Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Ergebnisse aus der Reflexion der Gemeinwesenarbeitsprojekte im Kulturbüro Sachsen e.V.	270
6.6 Gelingensfaktoren für Gemeinwesenarbeit als Demokratieförderung	273
Internetquellen	277
Literaturverzeichnis	282
Abkürzungsverzeichnis	296
Tabellenverzeichnis	297
Abbildungsverzeichnis	297

Einleitung

Im November 2011 erfuhr die Öffentlichkeit von der Existenz der neonazistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die mutmaßlich zehn Menschen ermordete sowie weitere Mordversuche beging. In dem Maß, wie der NSU-Komplex durch Recherchenetzwerke, juristische und parlamentarische Aufarbeitung offengelegt wurde, zeigte sich selbst langjährigen Beobachter*innen¹ ein erschreckendes Ausmaß an Organisationsvermögen und aggressiver Militanz rassistischer und neo-nationalsozialistischer Akteure und ein Versagen der Informationsbeschaffungs- und Strafverfolgungsbehörden in Deutschland.

Auch bei der Eindämmung von Kriegen, Naturkatastrophen und bitterer Armut im Nahen Osten oder Afrika, die Fluchtgründe für immer mehr Menschen nach Europa darstellen, versagen politische Institutionen, wie die Weltgemeinschaft und die Europäische Union. Die so hervorgerufenen Flucht- und Migrationsbewegungen führen zu einer aggressiven Verteidigung vermeintlicher Identitäten und Vorrechte einerseits, aber auch zu Solidarität und Mitmenschlichkeit andererseits. Im Zuge dieser rassistisch aufgeladenen Verteidigung des mitteleuropäischen Wohlstands finden ohnehin gesellschaftlich unterschätzte Ideologien der Ungleichwertigkeit in Deutschland erneuten Zulauf. Gewalt gegenüber Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen sind besonders in Ostdeutschland Realität. Hier ist die Gefahr, Opfer solcher Angriffe zu werden, zehnmal höher als in Westdeutschland.² Im Jahr 2015 wurde im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge mit 9,76 Angriffen je 100.000 Einwohner*innen das bundesweit größte Ausmaß an Hasskriminalität gemessen, gefolgt von den ebenfalls ländlichen Landkreisen Uckermark in Brandenburg mit 8,24 und Saalekreis in Sachsen-Anhalt mit 7,99 Angriffen.³ Brandanschläge gegen Unterkünfte Geflüchteter begehen nicht mehr nur organisierte Neonazis, sondern zunehmend Menschen, deren rassistisch-islamfeindliche Haltungen

1 Im deutschsprachigen geisteswissenschaftlichen Kontext etablierte sich ab den 1990er Jahren zunehmend eine Schreibweise, die Geschlechtervielfalt benennt und Frauen, Männer, Transgender, Transsexuelle, Intersexuelle, Lesben und Schwule als je eigene Genderform versteht. Zuletzt beschloss der Deutsche Bundestag am 13.10.2018 auf Verfügung des Bundesverfassungsgerichts vom 10.10.2017 (1 BvR 2019/16) die Einführung der Option „divers“ für Menschen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen wollen. Die in dieser Arbeit verwandte Schreibweise mit Binnensternchen soll meine Offenheit in Bezug auf die genannten Geschlechtsidentitäten symbolisieren und Personen inkludieren, welche im Schreibfluss nicht benannt und gedanklich häufig ausgeblendet werden.

2 Entorf/Lange (2019): 29.

3 Ebd.: 9.

sie bisher nicht in organisierte Strukturen führten.⁴ Zwar weisen nur 7,6 Prozent der Ostdeutschen und 4,8 Prozent der Westdeutschen ein geschlossenes „rechtsextremes Weltbild“ auf.⁵ Dennoch steigt die aggressive Abwertung von Minderheiten in der Gesamtbevölkerung.⁶ Zusätzlich führt ein seit Jahren anhaltender Prozess der (Selbst-)Delegitimierung politischer Eliten und integrativer Akteure,⁷ wie Gewerkschaften, Kirchen und Verbände zu einem hohen Maß an Demokratieverdrossenheit: 2014 meinten 73,1 Prozent der Ostdeutschen, „die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht“. 57 Prozent aller Bürger*innen waren 2016 überzeugt, die politischen Eliten dächten „zu wenig an die Interessen der deutschen Bevölkerung“.⁸ Diese Befunde bestätigte der Sachsen-Monitor 2017 und zeigte: je weiter entfernt Menschen demokratische Institutionen von ihrer Lebenswelt wahrnehmen, desto geringer ist das Vertrauen in sie. Das geringste Vertrauen hatten die Befragten in Parteien (20 Prozent), gefolgt von EU-Kommission (27 Prozent) und EU-Parlament (28 Prozent). Auch Bundesregierung (39 Prozent), Bundestag (40 Prozent), Sächsischer Landtag (48 Prozent) und Landesregierung (51 Prozent) erhielten schlechte Vertrauenswerte.⁹

Die seit Herbst 2014 in Dresden und anderen Städten stattfindenden Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) mit zwischenzeitlich mehreren zehntausend Teilnehmenden forcierten bundesweit und besonders in Sachsen eine Abwertungs- und Bedrohungsspirale mit dramatischen Folgen für Geflüchtete und Engagierte in Willkommensbündnissen. Die verbalen Aggressionen von PEGIDA und anderer mit der Neuen Rechten¹⁰ verbundener Gruppen (z. B. Ein Prozent

4 Vgl. NDR (2015).

5 Vgl. Decker/Kiess/Brähler (2016): 48. (In dieser Dissertation wird der Begriff Rechts-extremismus aufgrund der im Text dargelegten Gründe nur bei Zitationen verwandt.)

6 Vgl. Zick/Klein (2014): 73.

7 Entgegen der sonst verwendeten genderneutralen Schreibweise schreibe ich den Begriff Akteur nicht mit Genderstern, da er fast immer als Konzept und nicht als reine Personenbezeichnung verstanden werden kann.

8 Vgl. FAZ (2015).

9 Vgl. dimap (2017): 21f.

10 Die Neue Rechte ist eine geistige und politische Strömung, deren Ziel die intellektuelle Erneuerung rechter Orientierungen ist. Sie grenzt sich vom historischen Nationalsozialismus ab und bezieht sich auf Vordenker der sogenannten Konservativen Revolution und des Faschismus wie Ernst Jünger, Carl Schmitt oder Julius Evola. Methodisch nutzt er die Strategie der „kulturellen Hegemonie“ des italienischen Marxisten Antonio Gramsci und verankert ideologische Positionen durch Beeinflussung öffentlicher Debatten. Dafür wichtige publizistische Aktivitäten leisten Medien, wie das Leipziger *Compact*-Magazin oder das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) im sachsen-anhaltischen Schnellroda mit seiner Zeitschrift *Sezession*. Viele Protagonisten der Strömung, wie die IfS-Gründer Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, stammen aus völkisch-nationalistischen Studierendenverbindungen, vgl. Weiß (2017): 15ff., Bruns/Glösel/Strobl (2015): 11ff.

Bewegung oder Identitäre Bewegung¹¹ und ihren – zumindest in Ostdeutschland – unzähligen lokalen Ablegern wie „Wir sind Deutschland“ oder „Zukunft Heimat“¹²), richten sich sowohl gegen vermeintliche Migrant*innen als auch gegen zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für geflüchtete Menschen engagieren. Deutschland erlebte von 2015 bis 2017 eine Welle rassistisch motivierter Gewalt, ähnlich der zu Beginn der 1990er Jahre, die in den Pogromen von Hoyerswerda, Rostock und den Brandanschlägen in Mölln und Solingen gipfelte. Es grenzt an ein Wunder, dass die Angriffe auf Geflüchtete, deren Unterkünfte oder Helfer*innen sowie muslimische oder jüdische Einrichtungen noch keine Todesopfer forderte, sind doch seit 1990 bereits mindestens 169 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland zu beklagen.¹³ Die Zahl tätlicher Angriffe stieg von 1.249 (davon 126 Brandanschläge)¹⁴ im Jahr 2015 auf 3.768 (116 Brandanschläge)¹⁵ in 2016. 2017 wurden 2.281 Angriffe (23 Brandanschläge)¹⁶ verübt.

Die neue Qualität des Alltagsrassismus besteht darin, dass an den Aktivitäten neurechter Aktionsplattformen, wie den oben genannten, vielfach sowohl extrem rechte als auch reaktionär-bürgerliche Personen teilnehmen und dass sich – auch durch die mediale Berichterstattung – offen rassistische und gewalttätige Haltungen im öffentlichen Diskurs normalisieren. Seit 2014 zog die Alternative für Deutschland (AfD) mit einem immer deutlicher islamfeindlichen, nationalchauvinistischen und rechtspopulistischen Programm in alle Landesparlamente und mit 12,6 Prozent in den Bundestag ein. Sie wurde in Ostdeutschland mit 21,9 Prozent zweitstärkste, in Sachsen mit 27 Prozent stärkste Kraft.¹⁷ Ein relevanter Teil der Partei sympathisiert offen mit der

11 Die Identitäre Bewegung ist ein aktionsorientiertes Netzwerk der Neuen Rechten, das kulturrassistische Positionen vertritt. Die Ein Prozent Bewegung ist ein Kampagnenformat mit großen personellen und ideologischen Überschneidungen zur Identitären Bewegung. Die Politikwissenschaft nennt beide Bewegungen rechtsextrem, vgl. bpb (2014), Brinker/Dittrich (2016).

12 Die Bürgerinitiative „Wir sind Deutschland“ entstand 2015 im sächsischen Plauen und ist seitdem auch in Bautzen und unter anderem Namen in Würzen aktiv. Sie wird von Gewerbetreibenden getragen und ist eng mit Kampagnen der Neuen Rechten wie Identitäre Bewegung und Ein-Prozent-Bewegung verflochten. Das gilt auch für die Bürgerinitiative „Zukunft Heimat“ in Cottbus.

13 Ein Projekt von *Die Zeit* und *Tagesspiegel* recherchierte mit konservativer Zählung 169 Todesopfer, vgl. Jansen et al. (2018). Eine weniger konservative Zählung der Amadeu Antonio Stiftung errechnete dagegen bis zu 193 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland, Brausam (2017). Das Bundesinnenministerium korrigierte 2018 seine Zahlen auf 83 Todesopfer seit 1990 nach oben, Deutscher Bundestag (2018b).

14 Amadeu Antonio Stiftung (o. J. a).

15 Amadeu Antonio Stiftung (o. J. b).

16 Amadeu Antonio Stiftung (o. J. c).

17 Bundeswahlleiter (2017): 9.

Neuen Rechten¹⁸ und PEGIDA.¹⁹ Besonders in Sachsen ist eine aggressive und menschenfeindliche soziale Bewegung²⁰ zu erkennen, die in der bürgerlichen Mitte verankert ist. Diese Situation spiegelt wider, was die soziologische Einstellungsforschung²¹ seit Jahren attestiert: „Zivilgesellschaften sind nicht unbedingt progressiv, demokratisch, tolerant [...] und gemeinwohlorientiert. Sie können [...] reaktionär, antidemokratisch, ethnozentristisch [...] und aggressiv eigenwohlorientiert sein.“²² Mit Blick auf diese „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“²³ untersucht diese Forschungsarbeit speziell für solche Situationen konzipierte Projekte der Gemeinwesenarbeit (GWA) des Kulturbüro Sachsen e. V. (KBS). Im Fokus stehen die Bedingungen einer gelingenden Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit, indem die Projekte reflektiert und Vorschläge für ihre konzeptuelle Weiterentwicklung gemacht werden.

Damit sich GWA sozialräumlich, also am Schnittpunkt individueller Lebenswelt und Gesellschaft, gelingend mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und deren Reproduktionsmechanismen auseinandersetzen kann,²⁴ benötigt sie eine wissenschaftliche Grundlage und darauf aufbauende Handlungskonzepte. Im gesellschaftspolitischen Kontext von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)²⁵ und rechter Gewalt steht sie vor der schwierigen Aufgabe, nicht nur punktuell zu intervenieren, sondern gleichzeitig gesellschaftliche Demokratisierungs- und Vernetzungsprozesse zu initiieren und zu begleiten.

-
- 18 Vgl. Bundesverband Mobile Beratung (2017): 5, Häusler et al. (2016), Kemper (2016): 25ff.
- 19 Der heutige AfD-Vorsitzende Alexander Gauland nahm am 15.12.2014 an einer PEGIDA-Demonstration in Dresden teil. Siegfried Däbritz (PEGIDA-Organisationsteam) sprach am 18.5.2016 ein Grußwort auf einer von Björn Höcke (AfD-Parteivorstand) angemeldeten Demonstration gegen einen geplanten Moscheebau in Erfurt. Die AfD beschloss im März 2018 eine Tolerierung von PEGIDA, vgl. AfD (2018).
- 20 Zur Diskussion um die Einordnung des Rechtsextremismus als soziale Bewegung vgl. u. a. Grumke (2008).
- 21 Seit den 1980er Jahren weisen empirische Einstellungsstudien die große Verbreitung extrem rechter Haltungen nach, die den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen ablehnen, vgl. u. a. SINUS-Institut (1981), Falter/Klein (1994), Niedermayer/Stöss (1998), Heitmeyer (2002 bis 2012), in deren Folge Zick et al. (2014, 2016, 2019), Decker/Niedermayer/Brähler (2003), in deren Folge Decker/Rothe/Weissmann/Geißler/Brähler (2008), Decker/Weissmann/Kiess/Brähler (2010), Decker/Kiess/Brähler (2012, 2013, 2014, 2016).
- 22 Schedler (1996): 242.
- 23 Vgl. Roth (2004a): 41ff.
- 24 Vgl. Sozialarbeitsdefinition der International Federation of Social Workers (IFSW, 2014).
- 25 Das GMF-Forschungsprojekt des IKG und die an der Universität 2004 bis 2013 erarbeiteten und seitdem vom IKG weitergeführten Mitte-Studien (vgl. Fußnote 21) haben das Ausmaß rassistischer, antisemitischer und minderheitenfeindlicher Einstellungen in der bundesdeutschen Bevölkerung herausgearbeitet und die Praxiserfahrungen zivilgesellschaftlicher Initiativen wissenschaftlich erhärtet.

Solche Veränderungsprozesse finden immer in konkreten Sozialräumen und mit konkreten Akteuren, Ressourcen und Problemlagen statt. Sie bieten aber Ansatzpunkte, über den Sozialraum hinaus beispielhaft zu wirken. Solche politische GWA setzt sich zum Ziel, sozialen und gesellschaftlichen Wandel planvoll herbeizuführen.²⁶ Sie steht vor der komplexen Anforderung, aus politischen und soziologischer Meta- und sozialpädagogischer Praxistheorie gelingende sozialräumliche Handlungsansätze zu entwickeln und benötigt Erklärungs- und Handlungswissen für alle System- und Prozessebenen. Dabei bilden alltägliche rassistische Erfahrungen den emotionalen und konzeptionellen Ausgangspunkt. Die Solidarität mit davon Betroffenen gilt es, in einen sozialräumlichen wie gesamtgesellschaftlichen Blick zu nehmen.

Der in diesem Zusammenhang häufig genutzte Begriff Rechtsextremismus suggeriert dagegen eine Problemlage am Rand der Gesellschaft, die mit staatlich-ordnungspolitischen Aktivitäten zu bearbeiten sei. Manche politisch Verantwortliche meinen gar, das Problem mit Blick auf Wahlperioden kurzfristig lösen zu können. Diese Arbeit will daher den auch in der Sozialen Arbeit häufig dominierenden, staatsfixierten Demokratiebegriff und die aus ihm folgenden ordnungspolitischen Ansätze (Strafvermeidung, Wiederherstellung der Ordnung, Anpassung, Extremismusprävention) kritisch hinterfragen. Stattdessen wird die Hypothese aufgestellt, dass durch persuasiv-sozialräumliche Interventionen²⁷, die eine demokratische Alltagskultur stärken und ermöglichen, Ideologien der Ungleichwertigkeit projekt- und beteiligungsorientiert zurückgedrängt (oder isoliert) werden können. Der für diese persuasive Praxis untaugliche Begriff (Rechts-)Extremismus wird daher in Kapitel 1.1 zugunsten einer systematischen Darstellung sozialwissenschaftlicher Problemanalysen mit dem Fokus auf GMF aufgelöst. In Kapitel 1.2.5 wird ein heuristisches Denkmodell Wilhelm Heitmeyers zur GMF-Reproduktion(-sunterbrechung) diskutiert, welches eine Verknüpfung empirischer Einstellungsbefunde mit sozialräumlicher Demokratiarbeit vorschlägt und eine Grundlage für die in Kapitel 1.3 dargestellten interventionsnahen Sozialraumanalysen (SoRA-ZO) des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld war. Denkmodell und SoRA-ZO-Konzept werden vor dem Erfahrungshintergrund zweier in den Kapiteln 5 und 6 reflektierter GWA-Projekte kritisiert und stattdessen in Kapitel 7.5 auf Grundlage der Praxisreflexion eine eigene prozessual-systemische Denkfigur entwickelt.

In dieser Arbeit werden extrem rechte Orientierungen als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begriffen, denen durch die Wiedergewinnung einer menschenrechts- und prozessorientierten Demokratieperspektive mündiger Akteure begegnet werden kann, die sich gegenüber illiberalen Angriffen

26 Vgl. IFSW (2014): Global Definition of Social Work .

27 Als persuasiv (überredend/überzeugend) werden Konzepte oder Programme bezeichnet, die „nicht auf Verständigung oder Informationsaustausch, sondern auf Einstellungsveränderung“ abzielen (Stöss 2003: 95ff.).

als wehrhaft erweist. Dafür wird in Kapitel 1.5 auf die herausragende Bedeutung eines normativ-menschenrechtsorientierten Demokratiebegriffs und einer entsprechend fundierten Zivilgesellschaft für die sozialräumliche Verankerung demokratischer Alltagskultur verwiesen. Kapitel 3 betrachtet den Sozialraum als konkreten Ort sozialprofessioneller Intervention. Er wird in Kapitel 3.3 bis 3.5 um eine ressourcenorientierte Perspektive hinsichtlich Milieubildung und -differenz und in Kapitel 3.6 um eine machtsensible Perspektive ergänzt, die zur konzeptionellen Begründung der GWA besonders wichtig erscheint.

Die interdisziplinären, metatheoretischen Grundlagen der Kapitel 2 und 3 werden in Kapitel 4 mit einer Praxistheorie von GWA untersetzt. Der Fokus dieses Teils der Arbeit liegt auf der lebensweltlichen Erschließung emanzipatorischer Potenziale und deren Nutzbarmachung für sozialräumliche Demokratisierungskonzepte. Wo Menschen sich menschenrechtsorientiert entfalten und die Erfahrung eigener Wirksamkeit in (kommunal-)politischen Prozessen machen können, wird die in Kapitel 3 dargelegte Demokratieperspektive als Alltagskultur (Lebensform) erfahrbar. Eine solche Vitalisierung demokratischer Grundwerte bedarf sozialprofessioneller Arbeit, die mit soziokulturellen Aktivierungs-, Ermächtigungs-, Bildungs-, Beratungs- und Vernetzungsangeboten in der Lebenswelt der Menschen ressourcenadäquate Angebote unterbreitet. Den sowohl praxisanalytischen als auch handlungsintendierenden Zugang zu konkreten Gemeinwesen und Akteuren stellt schließlich die Aktionsforschung zu sozialen und kulturellen Problemlagen und insbesondere zu soziokulturellen Ressourcen, Akteuren und potenziellen Aktivierungsmöglichkeiten in Kapitel 3.5.2 dar. Diese wird in der Arbeit auch in Abgrenzung zu einem als unterkomplex und nicht aktivierend kritisierten SORA-ZO-Konzept des IKG Bielefeld entwickelt. Im Verständnis der Aktionsforschung sind sozialräumliche Analysen sowohl empirische Handlungsgrundlage als auch Felderschließung und erste Intervention in einem sozialen Veränderungsprojekt. Wo Alltagsdemokratie und normativ-demokratische Instanzen aufgrund neoliberaler Sanierungsdiktate weggespart wurden entstehen Freiräume für minderheitenfeindlich-antidemokratische, neonazistische oder rechtspopulistische Akteure. Daher wird Gemeinwesenarbeit (GWA) als Element einer sich modernisierenden deliberativen Demokratie²⁸ und Keimzelle für die Zurückerlangung menschenrechtsorientierter Ressourcen und Gestaltungsräume im Alltag konzipiert. Kapitel 5 konkretisiert die aus den vorangegangenen theoretischen Ansätzen entwickelte GWA in einer analytischen Darstellung zweier konkreter GWA-Projekte in Sachsen, an denen der Verfasser als Projektleiter konzip-

28 Deliberative Demokratie bezeichnet einen partizipativen Prozess der Konsensfindung zu gesellschaftlich relevanten Themen. Sie steht konträr zu einem Demokratieverständnis, in dem Demokratie als unveränderlicher Zustand konzipiert und ohne Bildungs- und Vermittlungsinstanzen dem freien Spiel der Interessengruppen überlassen wird (vgl. u.a.: Dewey (2015 [1916]), Barber (1984), Habermas (1987a), Habermas (1987b)).

tionell und inhaltlich beteiligt war. Kapitel 6 reflektiert schließlich beide Projekte unter Bezug auf die wissenschaftliche Basis und das Konzept Kommunalen Kontextanalysen des IKG. Die Praxisreflexion der GWA als kritische Bestandsaufnahme ist schließlich Grundlage für Perspektiven einer zukünftigen gelingenden GWA im KBS, die abschließend in Kapitel 7 entwickelt werden.